



SPD LANDESVERBAND BERLIN
MÜLLERSTRASSE 163 · 13353 BERLIN

infrest – Infrastruktur eStrasse e.V.

Per E-Mail an: : c.kroemer@infrest.de

SPD LANDESVERBAND BERLIN
Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163
13353 Berlin

Fon: 030 - 4692-222
Fax: 030 - 4692-164
berlin@spd.de
<https://spd.berlin>

Berlin, 07. September 2021

Ihre Wahlprüfsteine zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021

Sehr geehrter Herr Krömer,

herzlichen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Landeswahlprogramm. Gerne beantworten wir Ihnen Ihre Fragen anlässlich der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2021. Die beigefügten Antworten bieten Ihnen einen Überblick über die Maßnahmen und das Engagement der Berliner SPD für eine leistungs- und zukunftsfähige Versorgungsinfrastruktur in Berlin.

Darüber hinaus möchten wir Sie einladen, unter spd.berlin/wahlprogramm einen Blick in unser umfassendes Wahlprogramm zu werfen.

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

Mit herzlichen Grüßen

i.A. Lina Najmi

Inhalt

1. Eine moderne Verwaltung für Berlin	3
2. Stärkung der Berliner Straßen- und Grünflächenämter	4
3. Entwicklung einer zukunftsfähigen Infrastruktur für Berlin.....	4
4. Wirtschaftliche Entwicklung Berlins	5
5. Wohnungsbau.....	7
6. Vergaberecht.....	7
7. Bauordnung.....	7
8. Bekämpfung der Schwarzarbeit	8
9. Baukostenentwicklung	8

1. Eine moderne Verwaltung für Berlin

Wie wollen Sie die Berliner Verwaltungen sowohl auf Senats- als auch auf Bezirksebene hinsichtlich dieser Herausforderungen konkret modernisieren?

Als Berliner SPD haben wir die Modernisierung und Digitalisierung der Berliner Verwaltung zu einem Kernthema unseres Programms gemacht. Denn für uns ist klar: zukunftsfähige Politik braucht eine **zukunftsfähige Verwaltung**. Mit mehr Service und weniger Bürokratie wollen wir den Berliner:innen einen leichteren Zugang zur Verwaltung ermöglichen. Deshalb ist die Digitalisierung für uns entscheidend. Wir wollen dafür sorgen, dass die Daten laufen, nicht die Bürger:innen. Mit 120 Verwaltungsdiensten, die Unternehmen und Bürger:innen online zur Verfügung stehen, sind wir bereits gut aufgestellt. Das wollen wir verbessern und auf die wichtigsten Verwaltungsdienste ausweiten. Darüber hinaus werden wir in Ergänzung zu den Bürgerämtern **ämterübergreifende Kiezbüros** oder **mobile Bürgerämter** einrichten und damit eine neue Generation von Ämtern als serviceorientierte Anlaufstellen schaffen, die in der Regel nach dem **One-Stop-Office-Prinzip** arbeiten: Ein Schreibtisch, alle Leistungen, inklusive Beratung bei komplizierten Sachverhalten. In Kiezbüros ist der Staat für seine Bürger:innen in direkter Nachbarschaft ansprechbar. Kiezbüros können darüber hinaus auch als Kieztreffs dienen und Versammlungsorte engagierter Bewohner:innen werden.

Um den Modernisierungsschub innerhalb der Berliner Verwaltung zu beschleunigen, bedarf es einer besseren Zusammenarbeit zwischen Senat und Bezirken. In diesem Sinne bekennt sich die SPD Berlin zur Eigenständigkeit der bezirklichen Entscheidungsträger:innen und der Bezirksverwaltung. Sie bekennt sich jedoch genauso zu einer **gesamtstädtischen Verantwortung des Senats**. Diese beinhaltet eine Steuerung der bezirklichen Aufgabenerfüllung bei gleichzeitiger auskömmlicher Ressourcenzuweisung an die Bezirke durch das Abgeordnetenhaus von Berlin. Eine der Kernaufgaben der Senatsverwaltungen ist die gesamtstädtische Steuerung. Hier besteht in etlichen Bereichen Nachholbedarf. Zwar setzt die Berliner Verfassung den Steuerungsmöglichkeiten des Senats gegenüber den Bezirken Grenzen. Allerdings werden die bestehenden fachlichen und politischen Steuerungsmöglichkeiten bislang nur wenig genutzt. Der **Zukunftspakt Verwaltung**, den der Senat und alle Bezirksbürgermeister:innen geschlossen haben, stellt die Weichen für eine klare Verantwortung und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Senat und Bezirken. Die SPD will darauf aufbauen und den nächsten Schritt gehen, indem wir **über eine Verfassungsänderung zeitgemäße Steuerung und klare und effiziente Strukturen verankern**. In einem **parteiübergreifendem Verfassungskonvent** werden wir das künftige Verhältnis zwischen Senat und Bezirken neu definieren. Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung der Bezirksverwaltungen und der Senatsverwaltungen müssen eindeutig geregelt und zugeordnet werden. Dies gilt auch und vor allem für die politische Verantwortung in den Bezirksämtern, bei den Bezirksbürgermeister:innen und den Bezirksverordnetenversammlungen.

Es ist zudem dringend nötig, **die politischen Steuerungsmöglichkeiten im Bezirksamt** zu stärken. Die Bezirke sind Großstädte, die nach den Grundsätzen der kommunalen Selbstverwaltung agieren. Fehlende Steuerungsmöglichkeiten führen zu Zuständigkeitslücken. Im Rahmen der geltenden Verfassungslage im Land Berlin sind Stärkungen der Bezirksbürgermeister:innen - wie aktuell im Bezirksverwaltungsgesetz durch Verankerung der Personal- und Haushaltsverantwortung und durch Zielvereinbarungen geplant - nur eingeschränkt möglich. Auch hier setzt sich die Berliner SPD dafür ein, diese und andere Fragen der Verwaltungsstruktur im Rahmen des parteiübergreifenden Verfassungskonvents auf den Prüfstand zu stellen. Die Berliner SPD wird sich dafür einsetzen, alle relevanten Akteure der Stadtgesellschaft in diesen Prozess einzubeziehen. Form und Rahmen dieser Beteiligung wollen wir künftig im Dialog mit den relevanten Akteur:innen beraten.

2. Stärkung der Berliner Straßen- und Grünflächenämter und Anwendung des Berliner Straßengesetzes

Wie wollen Sie die mittel- und langfristige Arbeitsfähigkeit der Straßen- und Grünflächenämter in Berlin sicherstellen?

Als Berliner SPD wollen wir die Grünflächenämter durch die sukzessive Übernahme der BSR-Reinigung von Parkanlagen entlasten. Wenn die Parkreinigung – gerade in Randzeiten und am Wochenende – nicht mehr die Arbeitszeit der Grünflächenämter beschränkt, können diese sich pflegerischen Aufgaben widmen. Wir wollen die Parkreinigung durch die BSR in der kommenden Legislatur weiter ausweiten. Die Leistungsfähigkeit der Bezirksverwaltungen insgesamt wird durch gute Bezahlung und sichere Arbeit gestärkt. Die Hauptstadtzulage und das kostenlose ÖPNV-Ticket erhöhen die Attraktivität der Bezirksverwaltungen als Arbeitgeber.

3. Entwicklung einer zukunftsfähigen Infrastruktur für Berlin

Welche Konzepte hat Ihre Partei zur Modernisierung und Erhalt der Versorgungs- und Verkehrsinfrastruktur Berlins?

Durch sozialdemokratische Finanzpolitik konnte der erdrückende Schuldenstand des Landes Berlin in den vergangenen Jahren um viele Milliarden Euro zurückgeführt werden. Gleichzeitig wurde die Grundsatzentscheidung getroffen, die Investitionstätigkeit des Berlins zu verstärken. Das von uns geschaffene Instrument **„Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Nachhaltigkeitsfonds (SIWANA)“** ist heute ein etabliertes und wirksames Investitionsinstrument – eine Investitionsrücklage von mehr als drei Milliarden Euro. Heute liegt die Investitionsquote auf einem vorderen Platz aller Bundesländer, die Stadt fährt nicht mehr auf Verschleiß.

Auch der Bedarf an koordinierten, effizienten und zukunftsfähigen Konzepten der öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsinfrastruktur Berlins ist in den vergangenen Jahren in Berlin erheblich gewachsen. Den Versorgungsunternehmen kommt hierbei eine wesentliche Rolle zu: Sie ermöglichen ein gerechtes, gesichertes und hochwertiges Angebot (Preisgestaltung und Versorgungssicherheit) an gemeinwohlorientierten Leistungen für Unternehmen und Bürger:innen in Berlin. Wir wollen deshalb, dass die öffentlichen Unternehmen aktiv und kooperativ politische und gesellschaftliche Ziele unterstützen, so etwa bei der ganzheitlichen Planung neuer Stadtteile (bspw. Wärmeversorgung), dem Ausbau des Verkehrsnetzes sowie bei den Herausforderungen des Klimawandels für unsere Stadt. In vielen dieser Politikfelder hat die Berliner SPD bereits integrierte Ansätze eingeführt, um **Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge optimal für eine enge und koordinierte Zusammenarbeit** aufzustellen. So fördern wir beispielsweise bei **Solar- und anderen Energieprojekten** die enge Kooperation zwischen den Berliner Stadtwerken und den Berliner Wohnungsbaugesellschaften. Nur ein enges Zusammenspiel der Akteure und eine noch stärkere Verzahnung des Netzbetriebs wird eine nachhaltige, klimafreundliche und intelligente öffentliche Daseinsvorsorge ermöglichen. Dazu werden wir unsere Anstrengungen zur Digitalisierung im Rahmen der Smart City Berlin auch im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge weiter verstärken und setzen dabei auch auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in Brandenburg.

Darüber hinaus werden wir eine **Task-Force für die Sanierung von Brücken, Tunneln und Wegen** einrichten und die Baustellenkoordinierung verbessern, sodass es nicht zu Mehrfacheinschränkungen für einzelne Gebiete kommt. Darüber hinaus braucht Berlin **ein leistungsfähiges, qualitativ hochwertiges und schnelles Verkehrsnetz**, damit Menschen rund um die Uhr zuverlässig ans Ziel kommen. Wir werden unseren **U-Bahn-Plan u2030** als prioritäres Vorhaben der SPD durchsetzen. Wir beginnen umgehend mit den Planungen von fünf Linienverlängerungen bei der U-Bahn: U2 nach

Pankow Kirche, U3 nach Mexikoplatz und Anschluss zur S-Bahn, U8 ins Märkische Viertel, U7 zum Flughafen „Willy Brandt“ und U7 bis Heerstraße Nord. Ein Hauptstadtflughafen braucht auch eine Hauptstadtanbindung. Wir werden darüber hinaus den weiteren U-Bahn-Ausbau dort planen, wo er verkehrlich Sinn ergibt, um Kieze vom Straßenverkehr zu entlasten und möglichst viele Berliner:innen an das U-Bahn-Netz anzuschließen. Auch das Netz der S-Bahn wollen wir im Rahmen **des S- und Regionalbahnausbau-Projekts i2030** gemeinsam mit Brandenburg und dem Bund bis ins nächste Jahrzehnt ausbauen: Wir werden den Wiederaufbau der Siemensbahn vorantreiben und die Linie zur Insel Gartenfeld und bis nach Hakenfelde verlängern. Wir wollen bisher eingleisige Strecken ausbauen (S25 zwischen Schönholz und Tegel mit Verlängerung nach Velten, S2 im Norden und Süden an den Außenästen, S7 zwischen Griebnitzsee und Wannsee und S1 zwischen Frohnau und Hohen Neuendorf). Und wir wollen die S3 von Spandau nach Falkensee, die S75 von Wartenberg nach Norden und die künftige S21 vom Hauptbahnhof nach Süden mit neuem Halt an der Perleberger Brücke verlängern. Weiterhin setzen wir uns für weitere S-Bahn Halte ein: Kamenzer Damm, Charlottenburger Chaussee, Malchow Nord, Sellheimbrücke, Kiefholzstraße, Bucher Straße. Wir wollen zudem den **Straßenbahnausbau mit effektiveren Planungs- und Bauprozessen beschleunigen** und das Zielnetz soll im Stadtentwicklungsplan Mobilität und Verkehr sowie in den Flächennutzungsplänen verankert werden. Wir wollen insgesamt den Ausbau der Berliner Straßenbahn zügig vorantreiben und neue Kieze an das Liniennetz anschließen. In der kommenden Legislaturperiode soll die Straßenbahn vom Hauptbahnhof bis zur Turmstraße und dann weiter zum Mierendorffplatz eröffnet und mit dem Bau der Straßenbahntangente Pankow-Heinersdorf-Weißensee begonnen werden.

4. Wirtschaftliche Entwicklung Berlins

Wie wollen Sie diese Wirtschaftsbereiche dabei unterstützen, auch weiterhin leistungsfähig zu bleiben?

Als Berliner SPD stehen wir für den Wirtschaftsstandort Berlin. Vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie hatte Berlin seit über 15 Jahren im Bundesvergleich das höchste Wirtschaftswachstum. Die von der Dienstleistungs-, Kultur- und Tourismusbranche geprägte Berliner Wirtschaft ist von den Auswirkungen der Pandemie besonders hart getroffen. Unser Ziel ist, dass die Berliner Wirtschaft mit unsrem **Zukunftsprogramm Neustart Berlin** wieder auf Erfolgskurs kommt und zu neuer Stärke findet. Wir folgen dabei fünf Grundprinzipien:

- ❑ Wir wollen eine starke Wirtschaft und gute Arbeit. Deswegen ist uns eine Ausbildungsgarantie und das Halten und Gewinnen von Fachkräften in Berlin besonders wichtig.
- ❑ Wir setzen auf ein Jahrzehnt der Investitionen. Dabei stehen für uns die Verkehrsinfrastruktur, Sauberkeit und Sicherheit und gut funktionierende öffentliche Dienstleistungen im Mittelpunkt.
- ❑ Wir entwickeln die Smart City Berlin weiter und stärken gezielt Digitalisierung und Innovationen. Dazu zählt eine Umsetzung der Gigabit-Strategie mit einem Ausbau des 5G-Netzes und eine Stärkung der Digitalagentur.
- ❑ Wir setzen auf Tourismus und heißen Gäste in Berlin herzlich willkommen. Dafür wollen wir eine Kampagne unter anderem für stadtverträglichen und nachhaltigen Tourismus starten. Außerdem binden wir den BER besser an die Stadt an und unterstützen mehr weltweite Direktverbindungen zum BER.

Dabei wollen die vier stark von der Krise betroffene Branchen gezielt fördern:

- 1) **Gastronomie und Hotels:** Wir entwickeln unter anderem den HOGA-Campus, setzen uns für eine Fortsetzung der Überbrückungshilfen ein und wollen temporär Sondernutzungsrechte für Straßenland kostenfrei stellen.
- 2) **Veranstaltungswirtschaft:** Wir werben um neue Leitmesse und internationale Kongresse und halten bestehende Messen in Berlin. Wir wollen eine eigenständiges Messe- und Kongressbudget schaffen und setzen uns für eine Fortsetzung der Überbrückungshilfen ein.
- 3) **Einzelhandel:** Wir unterstützen die Arbeit von Einkaufsstraßen-AGs und bauen diese aus. Wir wollen Kiez-Budgets einrichten und auch dem Einzelhandel temporär die Sondernutzung von Straßenland kostenfrei zur Verfügung stellen.
- 4) **Kulturwirtschaft:** Wir werden Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren mit einem Kulturgutschein in Höhe von 100 Euro den Besuch unterschiedlichster Kulturveranstaltungen ermöglichen. Wir wollen außerdem alle Berliner:innen zu einem „Tag der Kultur“ einladen. Außerdem unterstützen wir die Berliner Kultureinrichtungen mit Werbekostenzuschüssen ebenso wie wir dezentrale Einrichtungen in den Bezirken durch zusätzliche Mittel stärken.

Die Berliner SPD hat bislang in Berlin auf eine **Ansiedlungspolitik** gesetzt, die auf Start-Ups, Automotive, Kultur- und Kreativ- sowie Gesundheitswirtschaft als Schwerpunkte setzt. Das wollen wir auch künftig ausbauen und industriepolitische Ansätze, insbesondere im Bereich der Umwelttechnik sowie der Mobilitäts- und Gesundheitswirtschaft stärken. Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik sehen wir im Anregen einer engen Verflechtung von moderner Industrie mit anwendungsorientierter Wissenschaft und Forschung. Unser Ziel ist die **Vertiefung von Wertschöpfungsketten**, damit Berlin Entwicklungs- und Produktionsort zugleich ist. Um dies zu erreichen, müssen sich die Stadt und ihre Verwaltung stärker als bisher als Partnerinnen und Unterstützerinnen von Wirtschaft und Innovation verstehen und entsprechend handeln. Konkret wollen wir, dass Haupt- und Bezirksverwaltungen besser zusammenarbeiten und als verantwortungsbewusste Teams agieren. Ermessensspielräume wollen wir stärker nutzen und im Sinne einer guten Fehlerkultur nicht nach Argumenten suchen, warum etwas nicht geht, sondern Dinge ermöglichen. Dazu gehören klare Kommunikationsregeln zwischen Verwaltung und Stadtgesellschaft, unter anderem ein **Anspruch auf eine schnelle Reaktion**. Zudem wollen wir die **bezirklichen Wirtschaftsförderungen als Ansprechpartner für Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU)** stärken und sie stärker in Entscheidungen auf Landesebene einbinden. Die Bedarfe der Wirtschaftsverkehre wollen wir mit unseren klima- und stadtpolitischen Zielen in Einklang bringen. Dazu wollen wir im Rahmen eines **Wirtschaftsverkehrskonzepts** zusammen mit Planer:innen, Innovator:innen und Unternehmen intelligente Lösungsansätze entwickeln und erproben. Hierzu zählen der emissionsarme Transport von Waren über Verteilerpunkte, innovative Nutzungen und Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), Förderung von Lastenfahrrädern und emissionsfreien Kleintransportern ebenso wie bedarfsgerechte Kurzzeit-Parkmöglichkeiten für Gewerbetreibende wie Handwerker oder Pflegekräfte. Für größere, insbesondere industrielle Gewerbegebiete sichern wir die verkehrliche Erschließung und eine Anbindung an den ÖPNV. Darüber hinaus ist die Entwicklung zu einer **ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaft** essenziell. Diese wollen wir mit einer Vielzahl von Projekten unterstützen: die Förderung von Reparatur-Cafés in den Kiezen, angewandte Forschung und Entwicklung im Wirtschaftszweig Kreislaufwirtschaft – auch in Zusammenarbeit mit der Berliner Stadtreinigung (BSR) – und innovative Sharing Plattformen und Geschäftsmodelle (zum Beispiel „Produkt als Dienstleistung“). Gemeinsam mit Brandenburg soll Berlin sich den europäischen Initiativen „Intelligent Cities Challenge“ sowie „Kreislauforientierte Städte und Regionen“ anschließen.

5. Wohnungsbau

Wie wollen Sie die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt verbessern?

Berlin hat die große Aufgabe, in den kommenden Jahren ein bezahlbares, lebenswertes und ausreichendes Wohnungsangebot für alle Berliner:innen zu schaffen und zu bewahren. Ich will mit der SPD eine **soziale und aktive Bodenpolitik für Berlin**. Dafür wollen den Wohnungsbau zur Chefsache machen und mit leidenschaftlichem Tempo vorantreiben. Bis 2030 nehmen wir uns vor 200.000 neue Wohnungen – in nur zehn Jahren. Das können wir gemeinsam mit allen Partnern erreichen: die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und die Genossenschaften, aber auch die privaten Wohnungsunternehmen. Deshalb setzen wir uns für ein starkes „**Bündnis Wohnungsneubau Berlin**“, das auf Zusammenarbeit und nicht auf Enteignung setzt. Wir werden deshalb ausreichende Planungskapazitäten in der Verwaltung sicherstellen und ein **Anreizsystem für zügige Planungsverfahren** schaffen. Wir wollen effizientere Baugenehmigungsverfahren und mit allen verfügbaren Instrumenten eine schnelle Realisierung von Wohnungsbauvorhaben erreichen. Wir Sozialdemokrat:innen sind weiterhin entschlossen, beim Neubau alle Möglichkeiten auszuloten, die Berlin zu bieten hat, einschließlich Lösungen wie die Überbauung von Discountern mit Wohnraum oder an gezielte Randbebauung von Freiflächen. Aber bei allen Bemühungen um schnelle und effektive Wohnraumbeschaffung in Berlin müssen wir die Wohnraumerhaltung nicht aus den Augen verlieren. Gerade in einer der attraktivsten Großstädte der Welt müssen wir dafür sorgen, dass die bereits hier lebenden Berliner:innen nicht aus ihren Mietwohnungen verdrängt werden.

6. Vergaberecht

Wie wollen Sie die öffentliche Hand zu einem attraktiven Auftraggeber für die regionale, kleine und mittelständische Unternehmerschaft machen?

Als größte Abnehmerin von Dienstleistungen und Produkten muss die öffentliche Hand Vorbild in Sachen Nachhaltigkeit und Förderung von regionaler, kleiner und mittelständischer Unternehmerschaft sein. Öffentliche Aufträge werden in Berlin sehr übersichtlich und umfassend über die Vergabeplattform der öffentlichen Hand online bekannt gemacht. Die öffentlichen Aufträge stehen allen Unternehmen grundsätzlich offen. Wir wollen zudem die öffentliche Beschaffung so ausrichten, dass sie über wirtschaftliche Kriterien hinaus der sozialökologischen Wende dient und Fairnessimpulse setzt. Die SPD hat einen Vergabe- und Landesmindestlohn eingeführt, den wir auf mindestens 13€ anheben wollen. Neben fairen Arbeitsbedingungen wollen wir die Vergabe auf Klima- und Geschlechtergerechtigkeit ausrichten. Insbesondere regionale, kleine und junge Unternehmen, die diesen Zielen mit innovativen Produkten und Dienstleistungen entsprechen, werden wir in Zukunft stärker fördern. So können sie auch sukzessive als Unternehmen durch Erfahrung, Kompetenz und Zuverlässigkeit wachsen und die Anforderungen erfüllen, die öffentliche Vergabestellen aus Gründen der Haushaltskontrolle von den Unternehmen einfordern müssen.

7. Bauordnung

Wie wollen Sie in Berlin ein modernes und praxisgerechtes Bauordnungsrecht schaffen?

Eine Bauordnungsnovelle darf nicht zu einer Verlangsamung der Genehmigungsverfahren in den Ämtern führen. In dem aktuell vom Senat eingebrachten Bauordnungs-Entwurf nehmen wir die Bedenken der Bezirke, die diese parteiübergreifend formuliert haben, sehr ernst. Gleichzeitig gibt es wichtige Ziele, gerade im Klimaschutz, die wir im Bau umsetzen wollen. Es ist dabei wichtig, für diese Ziele das richtige Instrument zu nutzen.

8. Bekämpfung der Schwarzarbeit

Wie wollen Sie die Schwarzarbeit effektiv bekämpfen?

In unsrem Landeswahlprogramm stellen wir Sozialdemokrat:innen klar: **Wirtschaftskriminalität** und **Steuerhinterziehung** richten sich gegen den Solidaritätsgedanken, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Zudem sind die volkswirtschaftlichen Einbußen für unsere Stadt groß. Durch Steuerhinterziehung werden die Berliner:innen jährlich um erhebliche Summen betrogen. Wir werden die zuständigen Fahndungsbehörden personell verstärken, den Ermittlungsdruck durch Ankauf von sogenannten „Steuer-DVDs“ hochhalten und so zusätzliche Steuereinnahmen generieren. Wir wollen zudem Wirtschaftskriminalität mit wirksamen Maßnahmen spürbar zurückdrängen. Dafür möchten wir mehr Polizist:innen einstellen, die über besondere Expertise auf dem Feld verfügen und Wirtschaftskriminalität und **Geldwäsche** damit bestmöglich bekämpfen können. Auch die Staatsanwaltschaft soll mit zusätzlichem Personal ausgestattet werden. Trotz aller bisherigen Bemühungen ist **Schwarzarbeit** in Berlin weiterhin ein ernstzunehmendes Problem. Gemeinsam mit dem Zoll wollen wir deshalb Kontrollen verstärken und gegen illegale Beschäftigung vorgehen.

9. Baukostenentwicklung

Wie wollen Sie dazu beitragen, die Baukosten zu senken?

Die erhöhten Anforderungen an Energieeffizienz im Neubau werden auf Bundesebene durch eine Ausweitung und Neugestaltung von Förderprogrammen begleitet. Bei der kommenden Solarpflicht sorgt die Möglichkeit von Contracting-Lösungen dafür, dass Kosten niedrig gehalten werden können. Hier sind die Berliner Stadtwerke als kommunales Unternehmen ein wertvoller Dienstleister. Eine wichtige Stellschraube zur Senkung von Baukosten sind und bleiben die Bodenpreise. Über einen strategischen Bodenankaufsfonds und das SODA-Vermögen haben wir die Grundlagen für eine nachhaltige Bodenpolitik gelegt, die wir weiterhin fortsetzen und forcieren werden. Problematisch sind aktuell nichtsdestotrotz die große Nachfrage im Baugewerbe, die zu Preissprüngen bei Material und Personal geführt hat. Materialengpässe durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie verstärken den Preisdruck zusätzlich. Hier werden wir gemeinsam mit den Verbänden und Fachgemeinschaften die Entwicklungen beobachten und Lösungen entwickeln.